

POSTULAT von Thomas Maier (glp/GEU, Dübendorf), Thomas Ziegler (EVP, Elgg) und Thomas Weibel (glp, Horgen)

betreffend Deal von Lufthansa mit Swiss als Chance für einen neuen Staatsvertrag nutzen

Der Regierungsrat wird eingeladen sich im Zusammenhang mit einer allfälligen Übernahme der Swiss durch die Lufthansa als einer der Hauptaktionäre der Swiss mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und in allen entscheidenden Gremien (bei der Swiss, beim Bundesrat, mit den Vertretern aus Deutschland und im Verwaltungsrat der Unique) dafür einzusetzen, dass mit Deutschland ein neuer Staatsvertrag ausgehandelt wird. Dabei sollen folgende Eckwerte als Verhandlungsbasis dienen:

1. Flugregime vor den provisorischen Betriebsreglementen und vor der einseitigen Deutschen Verordnung (insbesondere Verzicht auf die für die Schweiz diskriminierende Wochenendregelung) - das heisst grundsätzliche Nordausrichtung ohne neue Süd- und Ostanflüge.
2. Verbindliche Verankerung einer Nachtruhe für Süddeutschland und die Schweiz von 22 Uhr bis 7 Uhr mit fixiertem Ausnahmekontingent zwischen 22 Uhr und 23 Uhr und zwischen 6 Uhr und 7 Uhr für die Erhaltung von interkontinentalen Flugverbindungen.
3. Plafonierung auf maximal 320'000 Flugbewegungen im SIL und/oder auf Ebene Betriebsreglement.

Thomas Maier
Thomas Ziegler
Thomas Weibel

Begründung:

Die Übernahme der Swiss durch die Lufthansa soll kurz vor dem Abschluss stehen. Eine Entwicklung die sowohl Chancen wie auch Risiken bietet. Grundsätzlich ist der jetzige Zustand der Swiss unhaltbar. Früher oder später wird dieser zu einem weiteren Finanzdebakel beziehungsweise dem Ruf nach weiteren Steuermillionen auch im Kanton Zürich führen. Leider scheint es so, dass für die Swiss kein Allianzpartner mehr existiert - ein mögliches Wunschscenario für den Kanton scheint also nicht erreichbar zu sein. Aus diesen Gründen bleibt wohl aus finanzpolitischen Gründen eine Übernahme durch die Lufthansa die einzig sinnvolle Möglichkeit.

Seit dem Versagen der Verantwortlichen bei der ehemaligen Swissair wurden trotz diverser Warnungen fast 4,5 Milliarden in eine überdimensionierte Swiss «investiert». Selbst mit dieser politischen Hypothek haben es auch die neuen Manager verpasst, rechtzeitig massiv abzuspecken und damit die Möglichkeit verspielt, eine für ein Überleben zwingende Allianz eingehen zu können.

Nun soll die Swiss und vor allem deren Verkehrsrechte praktisch für ein Butterbrot an die Lufthansa verkauft werden. Aus genau diesen Gründen muss diese für die Lufthansa günstige Übernahme an Bedingungen zur Flugregimefrage geknüpft werden. Ansonsten ist der Nutzen für die Schweiz zu gering und man verzichtet besser auf diesen Deal.

Für den Flughafen Kloten und für die sichere Erhaltung von Arbeitsplätzen wäre wohl eine Lösung mit Emirates volkswirtschaftlich zu begrüssen. Das grössere betriebswirtschaftliche Marktpotential für einen internationalen Flughafen wäre dann allerdings verbunden mit entsprechend mehr Fluglärm und der ungelösten Frage des Flugregimes.

Eine Übernahme der Swiss durch die Lufthansa hingegen wird die Bedeutung des Flughafens Zürich mittelfristig eher reduzieren und Arbeitsplätze kosten. Mit der Lufthansa würde eine deutsche Fluggesellschaft zum grössten Carrier auf dem Flughafen Zürich und die Deutschen bekämen für sie wichtige Verkehrsrechte. Damit verbunden muss sich aber auch die Interessenslage Deutschlands verändern.

Hauptsächlich aus diesem Grund und dieser neuen Ausgangslage muss der Staatsvertrag mit Deutschland neu verhandelt werden, um endlich eine Lösung im Fluglärmstreit und damit wenigstens eine Entlastung für Bevölkerung und Umwelt zu erreichen. Der Regierungsrat soll auch hier auf staatlicher Ebene mit Deutschland ins Gespräch treten und die Interessen des Kantons Zürich und der Schweiz wahrnehmen.

Ziel soll sein: Zurück zum Flugregime vor den provisorischen Betriebsreglementen und vor der einseitigen Deutschen Verordnung. Angestrebt werden Landungen aus Norden (Nordausrichtung ohne neue Süd- und Ostanflüge) und Starts nach Westen und Süden (left turn), verbindliche Nachtruhe für Süddeutschland und die Schweiz, sowie Verzicht auf die für die Schweiz diskriminierende Wochenendregelung: Mit einer Plafonierung auf maximal 320'000 Flugbewegungen erhalten Deutschland und alle Regionen in der Schweiz eine klare Garantie - bis irgendwann in ferner Zukunft ein neues Mass für die Gesamtbelastung unter Einbezug von Faktoren wie Lärm, Schadstoffbelastung oder Klimaschadenpotential eingeführt werden und den Bewegungsplafond ablösen könnte.

Wir erhielten nicht nur eine transparente, nachvollziehbare und verbindliche Limite zur Sicherung der Lebensqualität aller Betroffenen in der Flughafenregion. Auch der Wirtschaftsstandort würde von einer solchen Lösung profitieren. Die Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes ohne provisorische Betriebsreglemente mit neuen Anflügen über dichte Besiedlungen zusammen mit einem Plafond wäre ein Befreiungsschlag. Dieser würde die Akzeptanz eines internationalen Flughafens Zürich mit massvoller Grösse wieder herstellen. Dieser könnte sich dabei trotzdem in einem betriebswirtschaftlich und volkswirtschaftlich sinnvollen Rahmen bewegen - auch unter Einbezug wichtiger Langstreckenverbindungen in die USA und Fernost.

Der Kanton Zürich hat sich per Volksabstimmung mit 300 Millionen an der Swiss beteiligt und ist damit einer der grossen Teilhaber an der Swiss. Er kann damit aber auch zusammen mit dem Bund eine massgebliche Rolle spielen. Als Hauptaktionär der Unique mit fast 50 % der Aktien und drei Verwaltungsräten ist der Regierungsrat auch dort gefordert, da Unique alle provisorischen Betriebsreglemente beim Bund beantragt hat und der Regierungsrat diesen nie opponiert hat. Der Einfluss des Zürcher Regierungsrates ist in Fragen der Luftfahrtspolitik und dem im Postulat gefordertem Handeln massiv grösser als dies der Regierungsrat manchmal glauben machen will. Der Regierungsrat kann und soll also im Sinne dieses Postulates aktiv werden.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Situation ist im Moment sehr angespannt und viele Informationen noch unklar - trotzdem scheint hinter den Kulissen vieles rasant in Bewegung geraten zu sein und es könnte eine baldige Entscheidung bevorstehen. Die Situation der Swiss und Unique sowie deren weitere Entwicklung sind für die Wirtschaft und Lebensqualität in unserem Kanton aber von essentieller Bedeutung. Aus diesen Gründen muss jetzt gehandelt werden. Letzte Woche wollte oder konnte sich der Regierungsrat nicht äussern; diese Woche sollen weitere brisante Sitzungen stattfinden. Der Regierungsrat muss jetzt sofort handeln und die Interessen des Kantons und seiner Bevölkerung wahren.